

Antrag

Hannover, den 12.02.2019

Fraktion der FDP

Planungsunterlagen müssen zwischen Behörden endlich digital übertragen werden

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Bundesrepublik Deutschland, die einzelnen Bundesländer und die Kommunen stehen in den kommenden Jahrzehnten vor zahlreichen infrastrukturellen Herausforderungen. In den Bereichen Energieerzeugung, -versorgung und -übertragung, Erhalt, Ausbau und Neubau von Verkehrswegen sowie bei der Kommunikation und Digitalisierung sind zahlreiche Vorhaben zu planen und zu realisieren. Die Herausforderungen und der zeitliche Druck sind enorm. Bisher dauern die Planung und Realisierung wichtiger Maßnahmen eher Jahrzehnte als Jahre.

Der Austausch von Planungsunterlagen zwischen Bundes- und Landesbehörden erfolgt jedoch immer noch postalisch, gegebenenfalls mit Unterlagen auf CD. Vor allem die Versendungen von Planunterlagen der Projekte des Bundesverkehrswegeplans in der Auftragsverwaltung der Länder sind betroffen. Bereits die Anforderung der Unterlagen von Bundesseite erfolgt postalisch, und auch die Versendung der Länder erfolgt auf dem Postweg. Auch dadurch kommt es zu zeitlichen Verzögerungen der ohnehin langwierigen Planverfahren. Neben der Einrichtung der dafür benötigten Infrastruktur sollten deshalb zeitnah einheitliche Regelungen für die digitale Versendung von Planungsunterlagen verfasst werden. Als Pionierprojekt bieten sich die Projekte des Bundesverkehrswegeplans an.

Damit die Planungsphasen (Bedarfs-, Vor-, Entwurfs- und Genehmigungsplanung) öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen verkürzt und damit beschleunigt werden können, sollen der Austausch und die Übertragung sämtlicher Bauplanungsunterlagen zwischen Ministerien der Länder und Bundesministerien sowie weiteren Beteiligten zukünftig digital erfolgen. Bereits Ende 2015 wurde vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) der Stufenplan „Digitales Planen und Bauen“ vorgelegt, der die Digitalisierung von Bauprojekten mithilfe des Building Information Modeling (BIM) zum Ziel hat. Seit 2018 liegt mit den ersten Teilen der DIN EN ISO 19650 eine internationale Norm vor, die u. a. Empfehlungen für die zu verwendenden Standards in der Planungs- und Bauphase beinhaltet.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass Bund und Länder zeitnah eine gemeinsame Plattform für die digitale Übertragung von Planungsunterlagen errichten,
2. dabei auf gemeinsame Regelungen für die digitale Übertragung von Planungsunterlagen zwischen dem Bund und den Ländern hinzuwirken,
3. der Datensicherheit durch entsprechende Verschlüsselungs- und Sicherungstechnologien ein besonderes Augenmerk zukommen zu lassen,
4. bei der Umsetzung mit den wichtigen Projekten des Bundesverkehrswegeplans zu beginnen und
5. den Landtag spätestens bis zur Plenarsitzung im Dezember 2019 über den Fortgang zu unterrichten.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 13.02.2019)